

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

22.6.1928 (No. 144)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend
Karlsruhe

Zeitungspreis: Monatlich 3.25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerverhaltung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Die finanzielle Lage der Reichsbahn

Am 1. April 1928 blieben die Gesamteinnahmen der Reichsbahn um 26 Millionen Reichsmark hinter dem Märzergebnis zurück. Bei den Ausgaben, sich im allgemeinen auf der Höhe des Vormonats hielten, entstanden vermehrte Aufwendungen infolge Erhöhung der Arbeiterlöhne ab 1. April 1928. Es wird darauf hingewiesen, daß sich in den nächsten Monaten eine Reihe von Ausgaben erheblich steigern werden. Auch die Einnahmen des Monats April reichten zur Deckung der Ausgaben nicht aus. Einnahmen in Höhe von 403 273 000 Reichsmark standen Ausgaben in Höhe von 414 250 000 Reichsmark gegenüber.

Es mußten deshalb 11 Millionen Reichsmark erneut der Rückstellung aus dem Jahre 1927 entnommen werden. Für den Dienst der Reparationsschuldverschreibungen ist die Zahlung von 45 508 000 Reichsmark an den Generalagenten rechtzeitig geleistet worden.

Deutschlands führende Stellung im Ozeanflugverkehr

Am Schluß seiner Rede auf dem zu Ehren der drei Ozeanflieger veranstalteten Festbankett bei Kroll erklärte der Reichsverkehrsminister Dr. Koch, daß Deutschland berufen sei, im kommenden Transoceanflugverkehr eine führende Rolle zu spielen. Wie wir erfahren, sind die Vorbereitungen hierzu schon weiter gediehen, als ursprünglich angenommen werden durfte. Bei den Dornier-Verken am Bodensee befindet sich zurzeit ein Tiefenflugboot mit einer Leistung von 5000 PS im Bau, mit 10 Motoren ausgerüstet, das auf der geplanten Transoceanroute eingesetzt werden soll. Das Flugzeug, das in riesigen Abmessungen gehalten sein wird, soll imstande sein, auf dem Ozean zu landen und wieder vom Ozean zu starten. Den Transoceanverkehr wird die Deutsche Luft Hansa in enger Zusammenarbeit mit dem Reichsverkehrsministerium einrichten. Weiter dieses deutschen Transoceanflugverkehrs wird Hermann Köhl sein, dem eine führende Stelle in der Luft Hansa angeboten worden ist. Köhl hat sich, wie wir zuverlässig erfahren, bereit erklärt, das ihm gemachte Angebot anzunehmen. Ein prominentes Mitglied der Luft Hansa erklärte, daß Köhl infolge seiner großen flugtechnischen Erfahrungen und seines hohen Ansehens in der ganzen Welt wie kein zweiter für diese Aufgabe geeignet sei.

Ehrungen der Ozeanflieger

Die Ozeanflieger Hauptmann a. D. Köhl, Fehr. v. Hünefeld und Fitzmaurice stellten am Donnerstag dem Reichspräsidenten einen Besuch ab. Der Reichspräsident sprach in herzlichen Worten den Ozeanfliegern seine Glückwünsche für das Gelingen ihres kühnen Fluges und zugleich als alter Soldat seine Anerkennung für die hierbei bewiesene Tapferkeit aus. In der anschließenden Unterhaltung ließ sich der Reichspräsident über die Einzelheiten der Ozeanüberquerung berichten. Beim Abschied überreichte der Reichspräsident jedem der drei Herren als Zeichen seiner Anerkennung und zur Erinnerung sein eigenhändig unterschriebenes Bild im Silberrahmen.

Poincaré über die Stabilisierung

In der Kammer Sitzung am Donnerstag ergriff Poincaré das Wort, um in Fortsetzung der Diskussion der Interpellationen über die Finanz- und die allgemeine Politik der Regierung im Hinblick auf die bevorstehende Stabilisierung der Währung namentlich über die Finanzfrage Erklärungen abzugeben. Die Höhe des Notenumlaufs drohe eine Steigerung der Lebensmittelpreise nach sich zu ziehen. Ohne Stabilisierung werde die Wank von Frankreich große Schwierigkeiten haben, die Spekulation einzudämmen. Poincaré erklärte alsdann, daß er eigentlich Anhänger einer teilweisen Revalorisierung sei; aber diese würde die wirtschaftliche Lage des Landes heimmachen; außerdem würden dadurch die Einnahmen des Schatzamtes verringert, was eine Erhöhung der Lasten zur Folge habe. Eine Revalorisierung würde auch eine Herabsetzung der Beamtengehälter und der zu zahlenden Pensionen im Gefolge haben. Aus allen diesen Gründen habe die Regierung sich für die Stabilisierung entschieden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Poincaré auf die internationalen Schulden zu sprechen und erklärte unter dem lebhaften Beifall aller Gruppen, von der Rechten bis zur äußersten Linken, daß keine Rede davon sei, die Abkommen von London und Washington ohne Vorbehalt zu ratifizieren. Wir haben, so meinte Poincaré, bisher alle Termine eingehalten und ich hoffe, daß wir darin fortfahren können. Wenn die Möglichkeit einer Gesamtregelung der internationalen Schulden ins Auge gefaßt werden sollte, so wären wir sehr gern zu einer sehr gründlichen Prüfung der Frage bereit unter der Bedingung, daß die Interessen Frankreichs nicht verletzt werden. Poincaré ging hierauf auf die Auswirkungen der Stabilisierung auf die schwebende Schuld ein und stellte fest, daß die auswärtige schwebende Schuld vollkommen getilgt sei und daß die innere schwebende Schuld von 94 auf 75 Milliarden herabgesetzt werden konnte. Als Poincaré in der Frage der Stabilisierung eine Politik der Einigkeit forderte, kam es zu scharfem Wortwechsel zwischen den Sozialisten und den Abgeordneten der Rechten. Poincaré verwies darauf, daß die deutschen Sozialdemokraten mit Abgeordneten anderer Parteien in diesem Augenblick über die Regierungsbildung verhandelten. Die Haltung der französischen Sozialisten sei wohl nur aus einem wohlüberlegten Opportunismus heraus zu verstehen.

Letzte Nachrichten

Vor der Entscheidung der Deutschen Volkspartei

DDZ, Berlin, 22. Juni (Tel.) Im Reichstag versammelte sich heute vormittag die Fraktion der Deutschen Volkspartei zu einer Sitzung, deren Ergebnis man in parlamentarischen Kreisen mit Interesse erwartet. Sängt es doch wesentlich auch von den Entschlüssen der Deutschen Volkspartei ab, ob es gelingt, die nach den Fraktionsführerbesprechungen am Donnerstag nachmittag noch übrig gebliebenen Hindernisse für die Bildung der Großen Koalition im Reich zu beseitigen. Eine neue Besprechung der Fraktionsführer bei dem Abg. Müller-Franken ist, wie das Nachrichtenbüro des DDZ, hört, erst nach Beendigung der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei heute mittag vorgesehen.

Zur Regierungsumbildung in Preußen

DDZ, Berlin, 22. Juni (Tel.) Im Laufe des heutigen Freitags haben sich, wie wir hören, führende Mitglieder der preussischen Koalitionsparteien bemüht, festzustellen, ob von diesen Parteien der Deutschen Volkspartei eine bestimmte Zusicherung für die Bildung der Großen Koalition im Reich zu geben werden könne. Dabei ergab sich, daß vor Wiederzusammentritt des Landtags am 10. Juli eine entsprechende Stellungnahme der beteiligten Fraktionen nicht zu erreichen ist.

General v. Seeringen †

DDZ, Kolberg, 22. Juni. In der Nacht zum Donnerstag starb auf dem Gute Bahwig im Kreise Greifenberg in Pommern General v. Seeringen im Alter von 77 Jahren.

Nellon zur Frankensabilisierung

DDZ, Washington, 22. Juni (Tel.) Wie verlautet, hat Staatssekretär Nellon der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die von der französischen Regierung geplante Stabilisierung des Frankens von der Regierung der Vereinigten Staaten mit Befriedigung begrüßt werden würde. Es sei — so führte er u. a. aus — zu bedauern, daß Frankreich sich nicht schon eher entschlossen habe, die Maßregel zu ergreifen, die von den anderen Ländern sicher günstig aufgenommen werde, und zur Förderung der Weltwirtschaft mitwirken dürfte. In Kreisen des Schatzamtes hält man es für nicht wahrscheinlich, daß die französische Regierung bei der Federal Reserve Bank um Kredite nachsuchen werde, da ja die wirtschaftlichen und finanziellen Voraussetzungen in Frankreich sich bisher gebessert hätten.

Die Wahl des Präsidiums des bayr. Landtags

Bei fast vollbesetztem Saale, überfüllten Tribünen, jedoch voll leeren Regierungsbänken, nahm der neugewählte bayrische Landtag in seiner Eröffnungssitzung die Wahl des Präsidiums vor. Zum Präsidenten wurde wieder der Abg. Königbauer von der Bayer. Volkspartei, zum ersten Vizepräsidenten Abg. Kuer (Soz.) und zum zweiten Vizepräsidenten Abg. Hartmann vom Bayer. Bauern- und Mittelstandsbund gewählt.

Ablehnung von Mißtrauensanträgen gegen die württembergische Regierung

In der Donnerstagnachmittagsitzung des Landtages wurden die demokratischen und sozialdemokratischen Mißtrauensanträge gegen die Gesamtregierung mit 40 Stimmen der Rechten, des Zentrums und des Christl. Volksdienstes gegen 34 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten bei vier Stimmenthaltungen der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt und der sozialdemokratische Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Basille, da zwei Mitglieder der Oppositionsparteien fehlten, zurückgezogen. Der Landtag hat sich hierauf vertagt.

Vor der Abstimmung (am Schluß der Aussprache über die Regierungserklärung) nahm Kultusminister Basille das Wort und erklärte, der Mißtrauensantrag gegen ihn hätte mit unwiderleglichen Tatsachen belegt werden sollen. Der Rückgang der bürgerlichen Stimmen im ganzen Reich sei auf die unbefriedigende Regelung der Aufwertungsfrage zurückzuführen. Es sei eine Verleumdung, wenn behauptet werde, daß für ihn bei der Ernennung von Beamten parteipolitische Erwägungen maßgebend seien. Wenn er mißtrauisch gemordet sei, so läme dies daher, daß es kein Schriftstück im Kultusministerium gegeben habe, von dem der sozialdemokratische Abg. Hermann nicht Kenntnis erhielt.

Zu dem dem Abg. Ulrich (Soz.) begründeten Anträgen auf Unterstützung einer Reichsamnestie unter Ausschluß der Fememörder durch die Regierung bemerkte Justizminister Dr. Benerle, daß die württembergische Regierung die Zuständigkeit der Reichsgerichtsgebung zur Annäherung der von den Landesgerichten erlassenen Urteile oder der bei Landesbehörden anhängigen Verfahren nicht anerkenne.

Der Reichstag besucht die Presse. Oberbürgermeister Dr. Aebauer, Köln, hat den Reichstag zu einem Besuch der Presse eingeladen. Der Altkleitrat beschloß, daß der Reichstag dieser Einladung Folge leisten wird, sobald er in die Sommerferien geht.

Die Ehe Prinz Karls wurde vom Appellationsgericht in Buzareit geschieden.

* Heute Entscheidung über die große Koalition

Im Verlauf von wenigen Stunden hatte sich gestern nachmittag das düstere Bild, das sich auf Grund der Vormittagsverhandlungen ergab, gewandelt. Eigentlich war schon gestern mittag die Große Koalition so gut wie erledigt. Hermann Müller-Franken wollte sich zum Reichspräsidenten begeben, um ihm über das Scheitern seiner Bemühungen zu berichten. Er wollte versuchen, die Regierung auf einer andern Basis zu bilden.

Die Beratungen am gestrigen Vormittag hatten sich deshalb als völlig aussichtslos erwiesen, weil die Deutsche Volkspartei plötzlich wieder mit neuen Forderungen hervortrat. Die erste dieser Forderungen bezog sich auf die preussische Koalitionsfrage. Zur allgemeinen Überreichung hieß sie: sofortige Umbildung der preussischen Regierung! Weiter verlangte die Deutsche Volkspartei Steuerveranlagung nach einem dreijährigen Durchschnitt und Beseitigung der Kapitalertragssteuer.

Wer einigermaßen aufmerksam die Politik der letzten Zeit verfolgt hat, der mußte sich sagen, daß die Anmeldung solcher Forderungen das Scheitern des Versuchs der Großen Koalition bedeuten würde. Daß die Sozialdemokratie nicht eine Regierungskoalition mitmachen würde, welche mit ihrer Politik stellenweise sogar noch über die Wünsche und Absichten der bisherigen Rechtskoalition hinausging, konnte man sich wohl denken. Und auch die Deutsche Volkspartei hätte sich sagen müssen, daß jetzt völlig veränderte Verhältnisse beständen, und daß, wenn die Deutsche Volkspartei überhaupt mitarbeiten will, das doch nur in einer Regierung geschehen könne, deren ganzes Antlitz mehr nach links, als nach rechts gekehrt ist. Wenn also die Deutsche Volkspartei mit einer neuen Verstärkung in der preussischen Koalitionsfrage und mit neuen Forderungen sonstiger Art hervortrat, dann konnte das, zumal von der Sozialdemokratie nur so aufgefaßt werden, daß sie (die Deutsche Volkspartei) innerlich kein Interesse an der Errichtung der Großen Koalition habe und die Verhandlungen lediglich dazu benötigen wolle, um eine Regierungsbildung im Sinne des Reichswahlergebnisses auf der ganzen Linie zu erschweren.

Hermann Müller zog die Konsequenzen aus dem Verhalten der Deutschen Volkspartei und richtete sich bereits auf eine neue Sachlage ein. Bevor er aber seine Entschlüsse in die Tat umsetzte, empfing er den Besuch des Staatssekretärs des Reichspräsidenten, des Herrn Dr. Meißner, und gewann in der Unterhaltung mit ihm den Eindruck, daß er der weiteren Entwicklung der Dinge ruhig entgegensehen könne, wenn die Deutsche Volkspartei weiterhin halbtarrig bleibe. Dieser Besuch Meißners muß aber wohl auf die Deutsche Volkspartei selbst nicht ohne starken Eindruck geblieben sein. Denn, als Hermann Müller — offenbar auf Grund der Rücksprache mit dem Staatssekretär Meißner — eine Konferenz der Parteiführer auf 3 Uhr nachmittags einberief, zeigte sich, daß die Deutsche Volkspartei inzwischen etwas andere Saiten aufgezogen hatte. Es wird vermutet, daß auch Herr von Guérard, der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstags, die Deutsche Volkspartei auf die Folgen ihrer intransigenten Taktik aufmerksam gemacht hat.

Sehr gut war es zweifellos, daß Hermann Müller diesmal auf die Einberufung des 22-Männer-Kollegiums verzichtete und lediglich die Parteiführer einlud. In diesem kleinen Gremium hat man sich verhältnismäßig rasch geeinigt. Bis heute mittag wird sich die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zu entscheiden haben, ob sie dieses Einigungsprogramm akzeptiert oder nicht. Stimmt die Deutsche Volkspartei zu, dann wird das Kabinett der Großen Koalition bis zur nächsten Woche bestimmt gebildet sein. Lehnt sie ab, dann ist die Große Koalition gescheitert, und Hermann Müller wird versuchen, eine andere Koalition aufzusuchen. Die Entscheidung hängt einzig und allein von der Deutschen Volkspartei ab, da die übrigen Fraktionen mit dem Einigungsprogramm von gestern im ganzen einverstanden sind.

Nach diesem Einigungsprogramm würde die Deutsche Volkspartei sich mit der Erklärung der Parteiführer, daß die preussische Koalition im Herbst erneuert wird, zufrieden geben. Sie würde ferner gegen die Festlegung des Verfassungstages als Nationalfeiertag nicht mehr weiter opponieren. Die Frage der Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums soll der Erledigung durch das Kabinett

Mit der Beilage: 27. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

selbst überlassen bleiben. Und, was den Bau des Panzerkreuzers betrifft, so soll die endgültige Entscheidung durch das neue Kabinett bei der Aufstellung des Etats für 1929 erfolgen.

Auch über die Amnestiefrage hat man sich gestern bis zu einem gewissen Grade verständigt. Die gestern vormittag neu angemeldeten Forderungen einschließlich der Forderung nach sofortiger Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft hatte Dr. Scholz, der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, gestern nachmittag fallen lassen.

Bevorstehende Auflösung des Reichsbegnadigungsausschusses

Der Reichsbegnadigungsausschuss beabsichtigt, wie die „Voss. Ztg.“ meldet, sich nach Beendigung seiner Arbeiten, die demnächst zu erwarten steht, aufzulösen. Er ist 1922 gebildet worden, um als gutachtliche Instanz den Reichspräsidenten bei der Begnadigung derjenigen Personen zu beraten, die vom Reichsgericht, vom Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik und den damals bestehenden Sondergerichten verurteilt worden waren.

Minister Aunos über seine Eindrücke in Deutschland

Der spanische Arbeitsminister Aunos ist von seiner Reise, die ihn nach Frankreich, Deutschland und der Schweiz geführt hat, zurückgekehrt. Er erklärte in einem Interview, daß der großartige Aufschwung, den das deutsche Volk genommen habe, starken Eindruck auf ihn gemacht habe und äußerte sich mit warmen Worten der Anerkennung darüber, daß die Regierung des Deutschen Reiches die großen nationalen Probleme der Nachkriegszeit in glücklicher Weise gelöst habe. Minister Aunos erwähnte auch den Besuch, den er in Berlin dem Reichspräsidenten von Hindenburg abstatte, und hob hervor, daß der Reichspräsident aufrichtige Worte der Achtung und Bewunderung für die aufsteigende Entwicklung Spaniens und für König Alfons gesprochen habe.

Demonstrationen für Dr. Ricklin

In Altirch, dem Hauptort des Wahlkreises Dr. Ricklins, sollte wie an zahlreichen anderen Orten eine Protestversammlung gegen das Urteil im Komplotzprozess stattfinden. Da die Stadtverwaltung unter dem Einfluß des nationalsozialistischen Senators Jourdain den zuerst erlaubten städtischen Saal verweigerte, suchten die zum Zusammengetriebenen Massen eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Mit den Genarmen, die dies zu verhindern suchten kam es zu Streitigkeiten. Ein Mann, der von einzelnen als Polizeispion bezeichnet wurde, wurde von der Menge verprügelt und bespuckt. Ein anderer, der von einem Hotel aus ein Plakat entfaltete mit der Aufschrift „Es leben die Geschworenen“, wurde durch das ganze Haus verfolgt, bis ihn der Wirt in ein Zimmer einschloß. Die Menge zog sodann in geschlossenem Zug nach Carlsbad, dem Wohnsitz Dr. Ricklins, um dort die Versammlung abzuhalten, und sang unterwegs das Lied: „O Stralsburg“. Vor dem Hause des Senators Jourdain gab es neue Demonstrationen. Die Gendarmen zu Fuß und zu Pferd begleiteten die Menge nach Carlsbad und ließen dort die Versammlung auf offener Straße vor einer Wirtshaus sich abspielen.

Amunben bleibt verschwunden. Bisher liegen keine Nachrichten von Amunben vor. In Oslo beurteilt man die Lage recht ernst, wie man erörtert nunmehr auch, wie man versuchen solle, Amunben und Guibaud zu Hilfe zu kommen. Die Suche nach diesen ist äußerst schwierig, da während ihres Fluges keine Radiomeldungen eingetroffen sind. Der französische Marineminister hat zwei Kriegsschiffe angewiesen, sich auf die Suche nach Guibaud und Amunben zu begeben. — Von Abile hat die „Gitta di Milano“ Mitteilung erhalten, daß alle abgeworfenen Pakete unverfehrt das Eis erreichten, mit Ausnahme eines Pakets, dessen Fallschirm sich nicht entfalte und das daher auf dem Eis beschädigt wurde. Die ihm zugeführten Gegenstände werden Mobile vielleicht in Stand setzen, auf eigene Faust an festes Land zu kommen, von wo der russische Eisbrecher sie abholen könnte. Aber noch herrscht völlige Unklarheit über die Gruppe der sieben Expeditionsteilnehmer, die mit dem Luftschiff weiterflogen, nachdem die Gondel sich losgerissen hatte, ferner der drei, die sich bald nach der Landung von Mobile trennten.

Gefängnis für einen Beleidiger der Republik. Das erweiterte Schöffengericht in Rüttim beurteilte den Landwirt Krüger aus Königsberg (Kreis Neumark) wegen Vergehens gegen das Republikstrafgesetz zu drei Monaten Gefängnis. Krüger hatte am 18. März d. J. in einer Versammlung des Kreislerverbandes beleidigende Ausdrücke gegen die Reichsflagge gebraucht.

Die deutschen Geistlichen als Gäste der englischen Quäker. Die zwanzig deutschen Geistlichen, die auf Einladung des Weltverbandes zur Förderung der Freundschaft durch die Kirchen nach England gekommen sind, wurden am Donnerstag von der Quäker-Gesellschaft zu einem Frühstück geladen. Die Verdienste der Quäker wurden dabei von Dr. Diestel aus Berlin in einer Rede hervorgehoben. Er sagte, die Quäker seien als Freunde gekommen, als das deutsche Volk in seiner bittersten Not war. Es gebe kein Kind in Deutschland, das die Arbeit der Quäker nicht kenne.

Eine Reichsfleischwarenfabrik. Der Länderausschuss für das landwirtschaftliche Notprogramm hat die Errichtung einer Fleischwarenfabrik in Insterburg beschlossen. Aus öffentlichen Mitteln werden für die Anlagekosten 4 bis 5 Millionen RM und 4 Millionen RM für das Betriebskapital zur Verfügung gestellt.

Frankreich und der Kriegsschlichtungspakt. Die französische Regierung hat sich bereit erklärt, ihre Vorbehalte zum Kriegsschlichtungspakt zurückzugeben.

Billigung der Politik Rahas Paschas durch die Wafd-Partei. Die Wafd-Partei hat eine Erklärung veröffentlicht, in der sie die Innen- und Außenpolitik Rahas Paschas billigt.

17 Kraftwagen verbrannt. In Berlin Grach in einer Großgarage in Steglitz, aus noch nicht einwandfrei geklärt Ursache Feuer aus, das schnell größeren Umfang annahm. Durch den Brand sind 17 Kraftwagen zerstört worden.

31 Personen durch eine Explosion getötet. Die Zahl der Todesopfer bei der Explosion eines Dampffessels in einer Wäscherei in Mexiko hat sich auf 31 erhöht. Schuld an dem Unglück trägt ein betrunkenen Heizer.

Eisenbahnunglück in Sowjetrußland. Der Sebastopoler Schnellzug ist zwischen Moskau und Tula, in der Nähe des Bahnhofs Tauplaja, entgleist. Vier Personen wurden getötet, acht schwer und sechs leicht verletzt. Vier Eisenbahnwagen wurden zertrümmert.

Badischer Teil Badischer Landtag

(Fortsetzung aus der gestrigen Vormittagsitzung.)

D. J. Karlsruhe, den 20. Juni.

Abg. Dr. Schmitthenner (D. Natl.) schließt sich den anerkennenden Worten für das Aufsichtspersonal an und erklärt, daß seine Fraktion davon absehe, zu den ungewöhnlichen Anträgen der Kommunisten Stellung zu nehmen.

Justizminister Dr. Trunt antwortet auf verschiedene Anfragen aus dem Hause.

Er behandelt dabei eingehend das Problem der Gefängnisarbeit. Ohne Arbeit gehe es in den Gefängnissen nicht. Sie sei nicht nur eine Wohlthat, sondern als Mittel zur geistigen Gesunderhaltung unentbehrlich. Die Arbeit muß wohlgeordnet sein mit Rücksicht auf die Verufe, aus denen die Gefangenen stammen und in die sie zurückzuführen haben. Dies gehört in den Pflichtbereich der Nachfürsorge. Die Abg. Hermann und Lang haben ihre Bemerkungen sicher in der einschränkenden Form gemeint, daß aus der Gefängnisarbeit keine unbillige Konkurrenz entsteht. Konkurrenz wird ja immer sein. Wir sind aber seit Jahr und Tag bestrebt, Rücksicht zu üben, und ich bin außerordentlich dankbar dafür, daß sich die führenden Persönlichkeiten des Handwerks bereitwillig zur Verfügung gestellt haben, als sie um ihre Mitarbeit angegangen wurden. Wir können gegenseitig nur voneinander lernen. Eine große Zahl der 3000 Strafgefangenen in Baden ist heute noch nicht richtig, ein anderer Teil unzureichend beschäftigt. Ich würde es lieber sehen, wenn das Fabrikripen aus den Strafanstalten verschwinden könnte. Ansehen würden wir gerne beibehalten, aber die Kolonie ist uns nachgerade viel zu teuer geworden. Dazu kommt der lange Winter, wo landwirtschaftlich nicht gearbeitet werden kann, und weiter der Umstand, daß Ansehen zu weit von der Zentralstrafanstalt entfernt liegt. Schließlich lassen die Bequemlichkeiten zu wünschen übrig. Wir werden in den Meliorationsarbeiten fortfahren. Von dem Erwerb der Kollerinsel haben wir indessen abgesehen, nachdem dort 14 ländliche Gemeinden des Bezirks Schwetzingen interessiert sind. Nun sind wir daran, die Friesenheimer Insel, soweit sie Staatsigentum ist, für uns ruhbar zu machen. Auch in Bruchsal hoffen wir durch Entgegenkommen des Finanzministeriums weiteres Gelände zu erhalten, etwa durch Kauf.

Den Damen des Hauses dankt der Minister für ihre warmeherzige Unterstützung der Fürsorgearbeit.

Er erinnert sodann an einen Erlaß aus dem Jahre 1926, in dem den jungen Juristen nahegelegt worden ist, sich freiwillig in den Gefängnissen umzusehen. Sie sollen die ganze Wirklichkeit schauen. Wer sich in irgendeiner Sparte der Rechtspflege betätigen will, muß sie sogar kennen, nicht um milder zu werden, sondern um die Dinge nicht schlimmer zu betrachten als sie es wirklich sind. Ich bin für eine gesunde Mittellinie im Strafvollzug und nicht für ein Ausschweifeln in Güte und Milde. Alles hat seine Grenzen, auch die Verbesserungen im Strafvollzug. Eine Grenze ist namentlich erforderlich für die kriminellen Schwerverbrecher. Der Minister bemerkt, daß man dem Direktor Strobel, Bruchsal, besondere Milde nachrühmt und stellt dazu nachdrücklich fest, daß er, der Minister nicht gebremst habe in der Wilderung gegenüber den Kommunisten.

Eine Kritik der Kommunisten, soweit sie unsachlich ist, sei ihm ganz schuppe. Der Abg. Saymann hat gemeint, in den Strafanstalten würden Deutscher und Denunzianten ertragen. Gibt es denn nicht solche in allen Schichten? Wir haben in den Reihen unserer Beamten Gott sei Dank wahre Kämpfer der Erziehung.

In der Stilllegung von Bezirksgefängnissen werden wir nicht, wie Abg. Obfischer befürchtete, fortfahren. Wir sind im Stadium der Versuche auf einer Endlinie angelangt. Bei den unangemeldeten Gefängnisinspektionen wird stets sofort der Dienstoffort gerufen.

Der Minister erklärt schließlich seine Loyalität gegenüber jedem Beamten, der ihn zu sprechen wünscht. Er werde auch prüfen, ob die Erlasse nicht noch etwas höflicher und diplomatischer werden können.

Dem Wunsch des Abg. Verberich, mit der Umorganisation Schluß zu machen, ist bereits Rechnung getragen.

Ministerialrat Umbauer weist eine Reihe von Angriffen der Kommunisten auf die Justiz allemäßig zurück. Darunter befinden sich auch Auslassungen des Abg. Sehmann in der Mannheimer „Arbeiterzeitung“. Der Regierungsbekretär stellt unter Beweis, daß die Kommunisten in den Gefängnissen Unruhe stifteten und die Gefahr der Meuterei hervorriefen, so daß sich der Minister gezwungen sah, in einem Erlaß anzuordnen, daß kommunistisch eingestellte Häftlinge nur unter sich in Gemeinschaft beschäftigt werden dürfen.

Da von allen Seiten des Hauses abgewehrt wird, noch weiteres über die kommunistischen Anträge zu hören, schließt Ministerialrat Umbauer seine Rede mit kurzen zu Sache betr. Feststellungen.

Weiterberatung nachm. 4 Uhr.
Schluß nach 1 Uhr.

D. J. Karlsruhe, 21. Juli.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung beantwortet Ministerialrat Seeger eine kurze Anfrage der Deutschen Nationalen betr. die Kostenvorgänge der unteren Gerichte. Die Oberpostdirektion habe auf Anfrage mitgeteilt, daß es nicht möglich sei, zu den früheren Verhältnissen zurückzuführen.

Dann stellt Abg. Dr. Wegsch (Zentr.) in einer Erklärung fest, daß die „Arbeiterzeitung“ seinen Bericht über die Denkschrift zur Fürsorgeerziehung falsch wiedergegeben habe.

In der fortgesetzten Einzelberatung des Justizetat werden die kommunistischen Anträge zum Titel

— Strafanstalten —

sämtlich abgelehnt. Den Budgetpositionen wird zugestimmt und die Denkschrift über das Gefängniswesen zur Kenntnis genommen.

— Titel VII

Außerordentliche Belohnungen und Beihilfen —

und Titel VIII

— Verschiedene und zufällige Ausgaben —

passieren ohne Debatte.

Es folgt der

Einnahmetat.

Abg. Dr. Mattes (D. Sp.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, in Titel I

— Justizverwaltung —

die Einnahmen von 11 875 000 RM auf 12 000 000 RM zu erhöhen. Er verweist dabei auf das inzwischen verabschiedete Landesjustizkostengesetz.

Der Berichterstatter Abg. D. Mayer (Dntl.) bittet auf Grund einer Rücksprache mit der Regierung, es bei ihrer vorsichtigen Schätzung zu belassen und den volksparteilichen Antrag abzulehnen. Geht mehr ein, umso besser.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) erklärt sich gegen den Antrag Dr. Mattes.

Justizminister Dr. Trunt stellt fest, daß die Konsequenzen, die sich aus dem Kostengesetz ergeben, in der Einnahmeposition bereits gezogen sind.

Der volksparteiliche Antrag wird gegen 6 Stimmen abgelehnt und der vom Haushaltsausschuß festgesetzten Höhe von 11 875 000 RM zugestimmt.

Bei Titel

— Fürsorgeerziehung —

zieht Abg. Bod (Komm.) Vergleiche mit Sowjetrußland, dessen Verhältnisse er für die besseren hält.

Seiner Kritik des Systems der Fürsorgeerziehung folgt sofort eine Nichtigstellung des Justizministers.

Alsdann wird der gesamte Justizetat gegen die kommunistischen Stimmen angenommen, ebenso die dazu gestellten Ausschüsseanträge, die vorliegenden Eingaben für erledigt zu erklären und die Eingabe der Stadt Singen (betr. Errichtung eines Amtsgerichts) der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen.

Das Haus tritt darauf in die

— Beratung des Etats des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

ein.

Präsident Dr. Baumgartner teilt mit, daß der Titel Kultus, sowie der Titel Wissenschaft und Künste bei der Generaldebatte ausgeschrieben haben, da beide vom Haushaltsausschuß noch nicht erledigt sind.

Abg. Küdert (Soz.) erstattet einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuß. Eine Reihe von Positionen haben Abträge erfahren und verschiedentlich die Übertragbarkeit von Budgetpositionen untereinander beschlossen.

Der Ausschuss stellt folgenden Antrag:

Der Landtag wolle

I. den Voranschlag, ausgenommen Kultus und Wissenschaft und Künste, mit den vorgeschlagenen Änderungen genehmigen;

II. die Anträge der Abg. Niegel u. Gen. (Zentr.) betr. Einführung einer staatlichen Prüfung für medizinisch-technische Laborantinnen in folgender Fassung annehmen:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, zu prüfen, ob auch in Baden ähnlich wie in Preußen und Thüringen eine staatliche Prüfung für medizinisch-technische Laborantinnen eingeführt werden kann.“

2. Lehleiter (Komm.) u. Gen., Bartezeit der Junglehrer und Junglehrerinnen durch die Beschlußfassung zum Besoldungsgesetz für erledigt erklären.

3. Bod (Komm.) u. Gen., zum Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts für die Rechnungsjahre 1928 u. 1929 durch die Beschlußfassung zu Biffer 1 dieses Antrags für erledigt erklären;

III. folgender Entschließung zustimmen:

„Der Badische Landtag weiß auf die Tatsache hin, daß sämtliche deutschen Hochschulen in Forschung und Lehre im Gesamtinteresse Deutschlands arbeiten. Mit der Einheitlichkeit dieser Aufgabe steht die Ungleichheit der Verteilung der Hochschullasten auf die Länder nicht in Einklang. Während einzelne Länder keine oder im Verhältnis zu ihrer Größe keine ungewöhnlich große Zahl von Hochschulen besitzen, sind andere, vorab Baden, aus historischen Gründen mit unverhältnismäßig hohen Hochschulausgaben belastet. Für die badischen Hochschulen bestehen überdies wichtige Grenzlandaufgaben. Der Landtag ersucht die Regierung, bei der Reichsregierung unter Darlegung dieser Tatsachen mit dem Antrag vorstellig zu werden, das Reich möge die bestehenden Ungleichheiten durch Reichszuschüsse und auf dem Wege des Finanzausgleichs ausgleichen.“

IV. folgendem Antrag zustimmen:

„Der Landtag wolle die Regierung ersuchen,

1. neuen Anträgen von Gemeinden wegen Ausbaues höherer Lehranstalten, auch wenn die Gemeinden sich zur Übernahme der durch den Ausbau entstehenden Mehrkosten bereit erklären, nur im Falle eines dringenden Bedürfnisses stattzugeben,

2. nach den gleichen Grundfragen in eine Nachprüfung der bestehenden Anstalten einzutreten.“

V. von der Denkschrift des Ministers des Kultus und Unterrichts vom 11. Mai 1927, bauliche Um- und Ausgestaltung der Universität Heidelberg, Kenntnis nehmen;

VI. die eingegangenen Gesuche wie folgt erledigen:

1. des Abg. Baummeister des Karlsruhe vom 8. Februar 1928, die badische höhere technische Lehranstalt (Staatsstudium) betr., soweit das Fehlen der erforderlichen Lehrmittel in Betracht kommt, der Regierung empfehlend, soweit in dem Gesuch der bauliche Zustand behandelt wird, der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen;

2. der Albert-Ludwigs-Universität — Akademischer Senat — Freiburg vom 11. Februar 1928, Verlesübungen an der Universität Freiburg betr., durch Annahme nachfolgenden Antrags für erledigt erklären:

„Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ermächtigen, die Mittel zur Herstellung einer Sportanlage bei der Universität Freiburg soweit sie nicht aus den Grenzlandfonds entnommen werden können, im Wege der Kapitalaufnahme aufzubringen, wobei die Zinsen bis zum Betrag von 12 000 RM aus der Unterrichtsgelehrtenkasse und bis zum Betrag von 9000 Reichsmark aus Voranschlagsmitteln entnommen werden sollen.“

3. der Regierung empfehlend überweisen: das Gesuch des Bürgermeisters der Stadt Friedrichsfeld (Baden) vom 8. Nov. 1927, Staatsbeitrag zu den Kosten der Errichtung eines Schulhaus- und Turnhallenbaues in Friedrichsfeld;

4. der Regierung zur Kenntnisnahme überweisen: die Gesuche

a) des Bundes zur Bewahrung Jugendlicher vor Straftaten e. B. (Arbeitsgemeinschaft für erziehende Rechtskunde), Berlin, vom 25. Februar und 28. Dezember 1927, Einführung des rechtskundlichen Unterrichts in den Schulen,

b) der Stadtgemeinde Neustadt i. Schw. vom 8. Febr. 1927, Ausbau der Realschule Neustadt zu einer siebenklassigen Aufbauoberrealschule,

c) des Bürgermeistersamts Gengenbach vom 14. Dez. 1927, Errichtung einer Aufbaurealschule daselbst,

d) des Gemeinderats der Amtsstadt Wolfach vom 12. Dez. 1927, Errichtung einer Aufbaurealschule daselbst,

e) des Vereins badischer Lehrerinnen und der Gruppe der Fortbildungsschullehrerinnen vom Januar 1927, die hauswirtschaftliche Ausbildung der Gewerbe- und Handelsschülerinnen,

f) des Reichsbundes für Nationalstenographie, Elberfeld, vom 5. März 1927, Einführung einer Volksturzschrift an Stelle der Reichsturzschrift,

g) des Bad. Turnlehrervereins und der Vereinigung der Turnlehrer und -lehrerinnen Badens vom 25. Juni 1927, körperliche Erziehung der Jugend,

h) des Bad. Landesauschusses für Leibesübungen und Jugendpflege vom 7. April 1927, Vorauszahlung von Jugendpflegegeldern,

i) des Bürgermeistersamt Wolfach vom 12. März 1928, die Errichtung von Schulstellen.

Alle sonst noch vorliegenden Gesuche sollen teils durch die Erklärungen der Regierung, teils durch die Beschlußfassung zu Nummer 1 dieses Antrages für erledigt erklärt werden, während bei dem Gesuch des Vereins der Lichtspieltheaterbesitzer Badens und der Pfalz (Sitz Karlsruhe), welches die staatliche Unterstützung der badischen Lichtspiele für Schule und Volksbildung in Karlsruhe betrifft, Übergang zur Tagesordnung beantragt wird.

Gegen 7 Uhr vertagt sich das Haus. Freitag vorm. 9 Uhr soll die Generalausprache beginnen.

Baden, Karlsruhe, 22. Juni 1928.

Das Haus eröffnet vormittags die allgemeine Ausprache über das

Budget des Ministeriums des Kultus und Unterrichts.

Zunächst spricht der Führer der Zentrumsfraktion Abg. Dr. Schofer. Er leitet seine Rede mit dem Wunsch ein, daß künftig auch die nicht den Ausschüssen angehörenden Abgeordneten alle wichtigen Regierungserklärungen und statistischen Unterlagen gedruckt zugestellt erhalten. An den Auseinandersetzungen, ob an der Spitze des Unterrichtsministeriums ein Schulmann stehen soll, habe er sich, der Redner, nie beteiligt. Er sei der Ansicht, daß der führende Staatsmann tunlichst aus der Kategorie der Weltweisen und Philosophen entnommen werden soll, aus dem Kreise der Männer, die das nötige Verständnis für die ideale Welt des Geistes besitzen. Solche Philosophen finden wir nicht nur auf dem Katheder, sondern in allen Schichten des Volkes. Im geistigen Aufbau unseres Volkes ist Gutes, Ersprießliches und Anerkennungswertes geleistet worden. Das sage ich, weil ich es objektiv und geschichtlich für richtig halte. Ich glaube, daß trotz vieler Schwierigkeiten dieses Urteil auch auf den jetzigen Minister, wenn über seine Periode einmal Rückblick gehalten wird, ausgedehnt werden kann.

Dr. Schofer erinnert an die große geistige Innenwelt, die unsere alten Universitäten geschaffen hat. Nachdem der Staat die Finanzierung der Hochschulen übernommen habe, müsse er auch entsprechenden Einfluß besitzen. Die akademische Freiheit werde dadurch nicht beeinträchtigt. Wir haben das Vertrauen zu dem Minister, daß er stets das Richtige trifft. Dozenten und Söcherer mögen dafür Verständnis zeigen, daß die den Hochschulen gewährte Freiheit nicht mißbraucht werden darf. Der Redner kommt dann auf die schwere Belastung unseres kleinen Landes durch drei Hochschulen zu sprechen und verweist auf einen bezüglichen Artikel in der „Neuen Züricher Zeitung“.

Baden habe als Grenzland ungeheure Opfer zu bringen und eine gewaltige Kulturmission zu erfüllen, eine Mission nach der deutschen und nationalen Seite hin. Daher bestehe ein allgemeines deutsches Interesse an den badischen Hochschulen. Die Reichsregierung müsse finanziell interessiert werden, aber nicht nebenher und hinterher, sondern auf dem Wege über die badische Regierung, über Unterrichts- und Staatsministerium. Reichsuniversitäten lehnen wir ab, denn dann hätten wir in wenigen Jahren Provinzuniversitäten niederster und letzter Ordnung. Es gilt, den alten Ruf unserer Hochschulen zu bewahren und sie zu erhalten als erstklassige Institute der Wissenschaft und Kultur. Diese Dinge würden im Auslande sehr beachtet. Wir haben deshalb allen Grund, ruhig und sachlich den von mir bezeichneten Weg zu gehen, der zum Ziele führt. Von den Herren der Universität verlangen wir, daß sie Träger des Kulturgedankens und -willens sind, im Interesse dieses Ideals Opfer zu bringen.

Der Redner berührt ferner Besetzungstragen der Freiburger Universität und stellt mit Genehmigung fest, daß es gelungen sei, entstandene Lücken auszufüllen. Er spricht in höchst achtenden Worten von Geheimrat Dr. Finke, Freiburg, und hofft, daß dessen Lehrstuhl wieder voll besetzt werden kann in dem Sinne, wie er begründet worden sei. Dr. Schofer unterstreicht in diesem Zusammenhang auch die Bedeutung des Lehrstuhls für mittelalterliche Geschichte. Er bezeichnet mit Genehmigung das rasche Fortschreiten der Freiburger Ministerbauten und geht dann auf das Gebiet der Mittelschulen über. 30 000 Schüler und Schülerinnen befinden sich auf unseren höheren Lehranstalten. Es frage sich, wo sollen die alle einmal untergebracht werden? Die Anforderungen müßten unbedingt gesteigert werden, das Qualitätsprinzip unter allen Umständen im Vordergrund stehen. Den Direktoren dürfe es nicht auf eine große Schülerzahl ankommen. Die Hauptsache seien gute Leistungen. Der Redner zitiert in bezug auf das heutige Schülermaterial Auslassungen des Direktors der Freiburger Mädchenschule, Professor Weber, in der „Freiburger Tagespost“, der die mangelnde Konzentrationsfähigkeit eines großen Teiles unserer Jugend auf die Vergnügungssucht und übertriebene Sportbetätigung zurückführt. Es gelte, sich gegen den Zeitgeist zu wehren. Der Redner richtet im weiteren Verlauf seiner Darlegungen an den Minister die dringende Bitte, dafür zu sorgen, daß das humanistische Gymnasium wieder volle Geltung erlangt. Er betont, daß ohne Seelenkultur der Staat verkümmern müßte und erwartet vom Minister, daß er sich wie sein Vorgänger, schützend vor den Religionsunterricht in den Hochschulen stellt. Dr. Schofer freut sich, daß die Freiburger Oberhandelschule Beachtung gefunden hat. Über die Lehrerbildungsanstalten bemerkt er, daß alles darauf ankomme, Lehrpersonalitäten heranzuziehen. Wehe, wenn Lehrer und Erzieher ihre Würdignisse im Volk verlieren würden. Erfolgreich sei, daß der Widerstand der Landbürgermeister gegen die Fortbildungsschulen geschwunden ist. Diese Schulen hätten sich als eine Wohltat des Volkes erwiesen. Mehr Förderung sollte der Heimatkunde zuteil werden. Den Kindern in den Volksschulen würde zu viel Stoff zugemutet. Der Lehrer sollte mehr individuelle Freiheit haben, um aus den vielen verschiedenen begabten Schülern das Richtige herauszuholen.

Die volksparteiliche Fraktion hat im Landtag einen Antrag zum Schutz von Naturdenkmälern eingebracht. Die Regierung wird darin ersucht, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die Verunstaltung oder Gefährdung landschaftlich hervorragender Punkte, wie dies zum Beispiel durch den Steinbruchbetrieb am Hohenstoppel eingetreten ist, verhindert wird.

Der Haushaltsauschuss

behandelte gestern Abend die im Außerordentlichen Etat des Wasser- und Straßenbaues enthaltenen Positionen „Instandsetzung der Landstraßen mit Rücksicht auf die rasche Entwicklung des Kraftwagenverkehrs“. Die Anforderung bedeutet im wesentlichen eine Änderung des früher aufgestellten Straßenbauprogramms dahingehend, daß die Pflastersteinstraße auf 25 Kilometer für die Jahre 1928 und 1929 beschränkt und dafür die Kalksteinstraße auf 456 Kilometer und die Oberflächentecung bis zu 1322 Kilometer erhöht werden. Der Berichterstatter behandelte die Eingaben der Pflastersteinindustrie, des Gemeinderats Malsburg und der Handelskammer Mannheim und Heidelberg.

Dr. Mannheim, 22. Juni. Von der Streikleitung der Fabrikarbeiter wird bekannt gemacht, daß der Streik der Fabrikarbeiter unvermindert weitergeht, bis die Forderungen der Streikenden erfüllt seien.

Die zukünftige Milchversorgung Badens

Unter dem Vorsitz von Landwirtschaftsrat Busch hielt der Mittelbadische Milchkontrollverein, Sitz Rastatt, in Karlsruhe seine fünfte Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende begrüßte unter den erschienenen Oberregierungsrat Rein, Geheimrat Landrat Dr. Bauer, einige Tierärzte und andere Gäste, die Presse, sowie die Mitglieder. Das verfloßene Geschäftsjahr wurde als günstig und im Zeichen erhöhter Leistungen lebend bezeichnet. Tierzuchtinspektor Guimann erstattete den Tätigkeitsbericht, der von den Erfolgen der Kontrolle ein aussichtsreiches Bild gab. In der anschließenden Aussprache kamen eine Reihe fachlicher Fragen zur Erörterung.

Der Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten folgte ein Vortrag des Präsidenten der Badischen Landwirtschaftskammer, Dr. h. c. Grafen Douglas, über „Die zukünftige Milchversorgung Badens“. Inzwischen hatte sich auch Oberbürgermeister Dr. Finter zu der öffentlichen Versammlung eingefunden. Der Redner führte u. a. an Hand von Zahlen aus, daß Deutschland immer noch eine große Einfuhr von Milch und Milchprodukten habe. Er ist der Überzeugung, daß es nicht nötig sei, daß Millionen hierfür ins Ausland wandern, da die deutsche Landwirtschaft in der Lage sei, diese Produkte selbst herorzubringen. Der Redner befaßte sich dann mit der Frage, ob die badischen Landwirte die Milchmenge fortlaufend produzieren können, die unsere badische Städte brauchen, um ihren ganzen Bedarf zu decken. Der Redner knüpfte an das Beispiel Wambsheims an, das in technischer Hinsicht die beste Milchversorgung besitzt; in der Schnapenperiode beziehe es jedoch seinen Bedarf aus dem Ausland, aus der Schweiz. Dieser Zustand sei nicht haltbar. In Schweden sei die Milchversorgung durchorganisiert. An der Spitze der Milchzentrale von Stockholm stehe ein Süddeutscher, der dort schon viele Jahre ansässig ist. Die Organisation in Schweden ist so gut aufgezogen, daß es bei vielen Molkereien bedarf, damit am anderen Tage sofort die benötigten Milchmengen heranrollen. Die Landwirte haben sich dort mit den Städten vereinigt, um die gemeinschaftliche Belieferung der Großstädte zu bewerkstelligen. Demgegenüber ist die Mannheimer Organisation als rein städtische Organisation aufgefaßt. Stadt und Land müßten aber zusammenarbeiten. In Baden müßten Stadt und Land zusammengehen, um zu einem erträglichen Ergebnis zu gelangen.

Es gilt eine Organisation zu schaffen, so führte der Redner aus, die die gesamte Milch in Baden erfasst und zwar im gemeinsamen Streben von Regierung, Landwirtschaftskammer und städtischen Organisationen. Im Rotprogramm mit seinem 30-Millionen-Fonds seien hierfür Mittel vorgesehen. Der badische Landwirt habe sich der Not gehorcht mehr und mehr auf Milchbelieferung eingestellt, um bares Geld in die Kasse zu bekommen. Auch die Schnapenzeit wurde überwunden. Regierung und Landwirtschaftskammer sind daran, den Plan für die badische Milchversorgung auszuarbeiten. Es wurde für eine Kommission aus 4 Herren gebildet, die die Frage nach Zuteilung von Krediten für Zwecke der Milchversorgung prüft. Die badischen Molkereien könnten so ausgebaut werden, wie wir es wünschen. Die Landwirte müssen ein Interesse daran haben, das Programm so rasch wie möglich durchzuführen, jedoch nicht ohne daß die Städte vorher gezeigt haben, daß sie mitmachen. Die Städte Badens haben an dieser Frage nicht immer das gleiche Interesse. Mannheim beispielsweise habe immer das gleiche Interesse. Heidelberg hingegen wüßte ein gutes Einkommen mit der Landwirtschaft und es sei so zu hoffen, vernehmen wir mit der Landwirtschaft, die sich auch in Karlsruhe finden lassen wird. Eine Verbindung wäre auch möglich, mit Freiburg, Offenburg und Baden-Baden.

Eingehend behandelte der Redner dann noch die Preisfrage. Der Milchpreis schwankte in Baden zwischen 18 und 28 Reichspfennig. Die Differenz lasse auf Herkunftsquellen schließen, die abgekauft werden müssen durch Modernisierung der Molkereien, um die Milch reiflos zu erfassen. Hierfür stehe ein Reichskredit von einer halben Million Reichsmark zur Verfügung. Landwirtschaft und Städte müßten zusammengehen, nicht gegeneinander kämpfen, und das große Problem für unser Volk lösen.

Die Ausführungen des Redners wurden von den zahlreich anwesenden Vertretern landwirtschaftlicher Organisationen mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In einer Aussprache wurde der eine und andere Punkt des Referats noch besonders unterstrichen.

Die polizeiliche Überwachung im Hardtwald Schloß- und Fasanengarten

In einer Karlsruher Zeitung war dieser Tage in zwei Artikeln Beschwerde geführt worden über unliebsame Vorkommnisse im Fasanen- und Schloßgarten, über Belästigungen von Spaziergängern, störende Ausschreitungen und nächtliche Ruhestörungen. Es ist, so wird uns hierzu von der Polizeidirektion geschrieben, eine auch in anderen Städten, die von größeren, nahe angrenzenden Wald- und Parkgebieten umgeben sind, immer wieder festgestellte Erscheinung, daß sich derartiger bewertlicher Zustände mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit entwickeln. In Karlsruhe hat darum bereits zu Beginn des Sommers eine erhöhte polizeiliche Tätigkeit im Hardtwald, Schloß- und Fasanengarten eingesetzt. Diese besteht in Polizeistreifen durch die Park- und Waldbezirke, sowie in gelegentlichen größeren Razzien, die sich vor allem auf den Schloß- und Fasanengarten erstrecken. Die polizeiliche Überwachung wird in den Abend- und Nachtstunden besonders scharf ausgedehnt. Streifen zu Fuß und zu Rad — im Hardtwald auch zu Pferd — werden immer wieder in unregelmäßigen Zeitabschnitten ausgesandt. Diese Streifen sowie die Razzien werden von einer größeren Zahl uniformierter und nichtuniformierter Polizeibeamten vorgenommen. Die Verwendung von Fahndungsbeamten in Zivil läßt allerdings die Überwachung nach außen hin nicht so deutlich in die Erscheinung treten; sie hat sich aber aus naheliegenden Gründen gerade als besonders wirksam erwiesen bei Bekämpfung von Belästigungen von Frauen und Mädchen. Auch die weibliche Polizei wird zur Kontrolle von Schloß- und Fasanengarten herangezogen. Ebenso wird die Eingaltung der Polizeikunde in den Unterunkthäusern der Sportplätze im Hardtwald nachgeprüft, so daß auch hier eine Störung der nächtlichen Ruhe tunlichst verhindert wird.

Die in der Presse geschilderten unerfreulichen Zustände nehmen erfahrungsgemäß erst dann ab, wenn die verschärfte polizeiliche Überwachung durch eine größere Anzahl von Befragungen wirksam geworden ist. Wie in den Zeitungen bereits mitgeteilt wurde, sind schon erfolgreiche Razzien im Schloß- und Fasanengarten vorgenommen worden. Durch die Razzien sowie durch die Streifen ist eine größere Anzahl von Personen zur Anzeige gebracht worden, die sich zur Nachtzeit unbefugt in den Parkanlagen aufgehalten haben. Auch sonst werden von den diensttuenden Beamten dauernd Meldungen gegen Personen erstattet, die gegen die öffentliche Ordnung verstoßen haben. Selbstverständlich erfordert eine derartige Kontrolle immer ein größeres Aufgebot von Polizeibeamten. Da die Kontrolle sich aber nicht nur auf die im Norden der Stadt liegenden Wald- und Parkbezirke beschränken kann, und da die Aufgaben der Polizei, vor allem durch den ständig wachsenden Verkehr stark gestiegen sind, ist es oft schwierig, ohne Schwächung der

polizeilichen Aufsicht in anderen Bezirken eine ununterbrochene Bewachung aller in Betracht kommenden Bezirke durchzuführen. Die seit Anfang des Sommers durchgeführte schärfere Überwachung hat aber schon eine Besserung der geringsten Missetaten erkennen lassen, da die unfauberen und leichtsinnigen Elemente ständig mit einem Zusammentreffen mit der Polizei rechnen müssen. Es ist zu erwarten, daß die Wirkungen der polizeilichen Maßnahmen bei weiterer systematischer Durchführung sich noch nachhaltiger durchsetzen werden, insbesondere, wenn die Polizeibehörde in ihrem Bestreben, Ordnung und Sicherheit zu wahren, bei der Einwohnerschaft tatkräftige Unterstützung findet. Von allen ungebührigen Vorkommnissen verständig man die Polizei.

Aber das Verhalten der Radfahrer im Fasanengarten wurde ebenfalls nicht ganz mit Unrecht geklagt. Auch hier ist die Kontrolle nicht leicht, da gerade die Radfahrer bei Sichtbarwerden der Streife durch Abbiegen in Seitenwege usw. leicht verschwinden können. Da aber zweifellos ein Bedürfnis nach Freigabe des Fasanengartens für Radfahrer im gewissen Grenzen besteht, wird z. B. im Benehmen mit Forstamt und Stadtverwaltung geprüft, ob nicht die Hauptwege im Fasanengarten, nämlich die Verlängerung des Birkels zum Ahaweg, die von diesem Birkel am Schloßbogen vorbei zur Parkstraße führende Allee und der künftige Sportring für Radfahrer überhaupt freigegeben werden könne. Man erwartet hier von einer besseren Kontrollmöglichkeit und dabei auch eine wirksamere Bekämpfung der Auswüchse.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann in Baden

W.D. Bahl, 22. Juni. Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute mittag zu mehrtägigem Kuraufenthalt mit Gattin und Begleitung im Kurhaus Bührlehöhe eingetroffen.

Gemeinde-Rundschau

Von der technischen Hochschule. Rektor und Senat der Technischen Hochschule Karlsruhe haben die Würde eines Doktor-Ingenieur ehrenhalber verliehen: 1. Auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Elektrotechnik dem Herrn Dr.-Ing. Max William Siefert, Direktor des Sachsemerwerkes, Licht- u. Kraftattengesellschaft in Niedersiedlich bei Dresden, in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Elektrotechnik durch feiner hervorragenden Verdienste um die Elektrotechnik durch erfolgreiche Ausbildung der elektrischen Maschinen, Startstromapparate und Schaltanlagen. 2. Auf einstimmigen Antrag der Abteilung für Maschinenwesen dem Herrn Ingenieur Immo Glend, Vorsitz des Verbands deutscher Apparatebauanstalten in Berlin-Gallensee in Anerkennung hervorragender Verdienste um die technisch-wissenschaftliche Gestaltung und Entwicklung des Apparatebaues.

Boranschlagsberatung in Freiburg. Am Mittwoch vormittag haben im Bürgerausschuß die Staatsberatungen für 1928 bis 1929 begonnen. Oberbürgermeister Dr. Bender hielt eingangs eine längere Rede, in der er feststellte, daß sich die Lage der Städte trotz mancher Mißlichkeiten gebessert habe. Im allgemeinen habe die Stadt Freiburg kein Geld aufgenommen, das teurer als 8 Prozent sei. Mit Hilfe dieser billigen Kredite sei es gelungen, den Wohnungsbau zu finanzieren. Zur allgemeinen Lage der Stadtfinanzen erwähnte der Oberbürgermeister, daß keine Umlagerhöhung nötig wäre. Zu den einzelnen Positionen bemerkte er, daß sich die Ausgaben für die Sicherheitspolizei, zu deren Ertrag die Stadt dem Staate verpflichtet sei, erheblich gesteigert hätten, ohne daß die Ursache dieser Steigerung den Städten in einzelnen begründet worden sei. Die werbenden Betriebe befänden sich in einer günstigen Entwicklung. Es sei erfreulich, daß auf dem Gebiete des Straßenbaues und der Straßensanierung erhebliche Fortschritte gemacht worden seien; doch seien noch nicht alle Schäden der Kriegszeit behoben. Die Konzeptionsarbeiten für die Schwanau-Straßenbahn werde in Kürze erfolgen. Nach der Rede des Oberbürgermeisters wurde in die Debatte eingetreten. Ein Stadtverordneter der Zentrumsfraktion wies die in der sozialdemokratischen Presse gegen den deutschen Caritasverband gemachten Vorwürfe zurück. Bei seinen Ausführungen wurde er mehrfach von den Sozialdemokraten unterbrochen, und der Redner konnte nur unter großem Tumult seine Ausführungen beenden. Am Nachmittag sprachen die Redner der übrigen Parteien. Anschließend wurde in die Einzelberatung eingetreten.

Abgelehnter Boranschlag. Der Bürgerausschuß von Freistett hat in seiner letzten Sitzung den Boranschlag 1927/28 mit 37 gegen 12 Stimmen erneut abgelehnt. Abgelehnt wurde auch die neue Gehaltsregelung der Gemeindebeamten ab 1. April 1928. Genehmigt wurde die anteilige Kostenübernahme zur Erstellung einer Brücke über die Neud.

Annahme des Konstanzer Boranschlages. Nach zweitägiger Aussprache wurde der städtische Boranschlag 1928/29 vom Bürgerausschuß mit überwiegender Mehrheit angenommen. Der Boranschlag wird in Einnahmen und Ausgaben festgesetzt auf 6 530 995 RM. Es wird folgende Umlage für das laufende Jahr erhoben: 90 Pf für 100 RM Steuern vom Grundvermögen, 36 Pf vom Betriebsvermögen und 675 Pf vom dem Gewerbeertrag.

Verschiedenes

Sieben Personen verbrannt

W.D. Gzenstochau, 22. Juni. In der Grafschaft Wolanjanowka ereignete sich ein schreckliches Unglück. Dort geriet die Wirtschaft des Thomas Nowak in Brand. Eine Lösung des Feuers war infolge Mangels an Feuerlöschgeräten nicht möglich. In dem Hause befand sich außer Nowak, seine aus sieben Personen bestehende Familie, seine Frau, seine 5 Kinder und das Dienstmädchen, die vollständig verbrannten. Nur Nowak konnte sich retten.

Eisenbahnkatastrophe in Nordschweden

W.D. Stockholm, 22. Juni. Ein D-Zug nach Norrland, der gestern Abend Stockholm verließ, stieß kurz vor 1/2 Uhr nachts in der Nähe von Bollnäs mit einer Hilfslokomotive zusammen. Die drei ersten Wagen des D-Zuges sind zerrümmert und ineinandergefahren. Die Katastrophe hat 14 Todesopfer gefordert.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	22. Juni		21. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.56	168.90	168.58	168.92
Kopenhagen 100 Kr.	112.01	112.23	112.04	112.26
Italien . . . 100 L.	21.99	22.03	21.955	21.995
London . . . 1 Pf.	20.387	20.427	20.393	20.433
New York . . . 1 D.	4.180	4.188	4.1795	4.1875
Paris . . . 100 Fr.	16.415	16.455	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	80.585	80.745	80.50	80.72
Wien 100 Schilling	58.835	58.955	58.845	58.965
Prag . . . 100 Kr.	12.39	12.41	12.389	12.409

Kurze Nachrichten aus Baden

6td. Mannheim, 21. Juni. Am letzten Sonntag feierte das hiesige evang. Mädchenwaisenhaus sein 76 jähriges Bestehen. Aus diesem Anlaß fand am Nachmittag in der Melanchonikirche ein Festgottesdienst statt. Prälat D. Schmittbender von Karlsruhe hielt die Festpredigt und der Leiter des Hauses, Hauptlehrer Gurtz, erstattete den Festbericht. Im Anschluß an den Gottesdienst fand in den Räumen des Waisenhauses eine feierliche Nachfeier statt, zu der auch verschiedene Vertreter von Behörden erschienen. Im Namen des Hausvorstandes grüßte Pfarrer Hellig. Defan Maier überbrachte die Segenswünsche der Oberkirchenbehörde, Pfarrer Dr. Hoff die der Kirchengemeinde unter Darreichung einer Festgabe. Bürgermeister Böttger erkannte die stille und vorbildliche Arbeit des Hauses an und sicherte ihm auch fernere Unterstützung zu. Prälat D. Schmittbender grüßte namens der Inneren Mission; im Namen anderer Anstalten sprachen Pfarrer Scheel und Missionar Hofmann.

6td. Heidelberg, 21. Juni. Die bei der gemeldeten Störung einer Vorstellung im Stadttheater beteiligten Heidelberger Korpsstudenten haben von der Polizeidirektion wegen groben Unfugs eine Haftstrafe von je drei Tagen zudiktirt bekommen. Der gegen Bezahlung an der Sache beteiligte Gelegenheitsarbeiter erhält sieben Tage Haft.

6td. Heidelberg, 20. Juni. Im Alter von 58 Jahren ist an einem Herzschlag Apotheker Dr. Wilhelm Weng gestorben.

6td. Baden-Baden, 21. Juni. Am 23. Juni kann der frühere preussische Gesandte in Karlsruhe, Vizeadmiral von Eisendecher seinen 87. Geburtstag feiern. Er dürfte wohl einer der ältesten Marineoffiziere Deutschlands sein. Vor seinem Eintritt in den diplomatischen Dienst war Erz. von Eisendecher von 1868 bis 1875 im Dienste der deutschen Marine, zuletzt als Marineattaché in Washington. Im Jahre 1875 trat Eisendecher auf Wunsch des Fürsten Bismarck in den diplomatischen Dienst über und zwar zunächst Gesandter in Tokio und in Washington. Im Jahre 1884 erfolgte seine Ernennung zum preussischen Gesandten in Karlsruhe. In dieser Stellung blieb von Eisendecher bis zum Jahre 1919.

6td. Elsen, 22. Juni. Gutsvorwarter Jälle auf Gut Oberhül-Schienen ist in den Reichsdienst übergetreten. Er ist bis 1. September an das Landesfinanzamt Karlsruhe beordert und wird dann auf jenen Zeitpunkt als landwirtschaftlicher Sachverständiger mit dem Sitz in Säckingen an mehreren Finanzämtern des bad. Oberlandes tätig sein. Man begrüßt diese Neuerung im Steuerwesen, um so mehr als Jälle ein guter Praktiker und Theoretiker ist. Er war auch schon als Landwirtschaftslehrer an der Winterschule Radolfzell mit großem Erfolg tätig.

Badisches Landestheater

Spielplan vom 23. Juni bis 7. Juli 1928

a) Im Landestheater:
Samstag, 23. Juni. * G 30. Th.-Gem. 951-1200. Die Herzogin von Padua. Tragödie von Oscar Wilde. 20 bis 22 1/2 (5 M).
Sonntag, 24. Juni. * A 30. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. Hälfte) und 1301 bis 1400. Der Rosenkavalier. Komödie für Musik von Richard Strauß. 19 bis 22 1/2 (8 M).
Montag, 25. Juni. Vollständige Vorstellung zu halben Preisen: Die Fledermaus. Operette von Johann Strauß. 19 1/2 bis 22 1/2 (4 M).
Dienstag, 26. Juni. * C 29. Th.-Gem. 2. S.-Gr. und 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Die heilige Ente. Oper von Hans Gal. 19 1/2 bis 22 1/2 (7 M).
Mittwoch, 27. Juni. Außer Miete: Abschieds-Tanzabend von Götz Dieckhoff. 20 bis 22 (5 M).
Donnerstag, 28. Juni. Volksbühne 11. Fuhrmann Henschel. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis n. 22 (5 M).
Freitag, 29. Juni. * F 30 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1201 bis 1300 und 1401 bis 1500. Zum ersten Male: Schinderhannes. Schauspiel von Carl Zuckmayer. 19 1/2 bis 22 1/2 (5 M).

Samstag, 30. Juni. Vollständige Vorstellung zu halben Preisen: Margarethe. Oper von Gounod. 19 1/2 bis geg. 22 1/2 (4 M).

Sonntag, 1. Juli. * E 30. Abschiedsvorstellung von Rudolf Weirauch: Der Waffenschmied. Komische Oper von Loring. 19 1/2 bis 22 (8 M).

Montag, 2. Juli. Keine Vorstellung.

Dienstag, 3. Juli. * B 30. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (1. u. 2. Hälfte) Abschiedsvorstellung von Nelly Rademacher: Kleine Komödie. Von Siegfried Geher. 20 bis 22 1/2 (5 M).

Mittwoch, 4. Juli. 12. Vorstellung der Schülermiete: Das Nürnbergische Ei. Schauspiel von Harlan. Plätze vom 2. Rang an sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 18 1/2 bis 20 1/2 (5 M).

Donnerstag, 5. Juli. Volksbühne 11. Fuhrmann Henschel. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis nach 22 (5 M).

Freitag, 6. Juli. Volksbühne 11. Fuhrmann Henschel. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis nach 22 (5 M).

Samstag, 7. Juli. * C 30. Th.-Gem. 1. und 2. S.-Gr. Zum ersten Male: Kalkutta, 4. Mai. Schauspiel von Lion Feuchtwanger. 20 bis 22 1/2 (5 M).

b) Im Stadt. Konzerthaus:

Sonntag, 24. Juni. * Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält? Komödie von Maugham. 19 1/2 bis geg. 22 (4,10 M).

Sonntag, 1. Juli. * Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält? Komödie von Maugham. 19 1/2 bis geg. 22 (4,10 M). Das Landestheater bleibt vom 8. Juli bis einschließlich 7. September 1928 geschlossen.

Erste Vorstellungen nach den Ferien:
 Im Schauspiel: Der Londoner verlorene Sohn. Von Shakespeare (Erstaufführung).
 Zu der Oper: Armida. Von Gluck (Neueinstudierung).

Das **gute Bild** 41
 die geschmackvolle Photo- und Bilder-
Einrahmung
 finden Sie in größt. Auswahl im Spezialgeschäft
E. BÜCHLE **INH. W. BERTSCH**
 Kaiserstr. 132 - Gartensaal Padewet-Geigenhaus

Ratten, Mäuse, Käfer, Wanzen usw.
 vertilgt radikal
 Garantie und billige Berechnung
Fr. Höllstern, Karlsruhe
 Herrenstr. 5, Zähringerstr. 7011 und Nutstr. 10
 Telefon 5791

Möbel 672
 Speisezimmer
 Herrenzimmer
 Schlafzimmer
 Küchen
 einzelne Möbelstücke
 in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
 Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
 Kein Laden, daher billigste Preise

Stadt Pforzheim.
8%ige Goldanleihe vom Jahr 1926.
6%ige Goldanleihe vom Jahr 1927.
 Die nach den Tilgungsplänen für diese beiden Anleihen auf **1. November 1928** zur Rückzahlung gelangenden Schuldverschreibungen im Nennwert von **75 000 RM.** und **90 000 RM.** sind von der Stadt Pforzheim, den 21. Juni 1928. 705
 freihändig erworben worden. Eine Auslosung findet daher für diese Anleihen in diesem Jahre nicht statt.
 Der Oberbürgermeister.

G. BRAUN
 (vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)
 G. m. b. H.
KARLSRUHE
 Karl - Friedrich - Straße 14
 fertigt Drucksachen aller Art
 für Industrie, Handel, Behörden
 und Private
 Kurze Lieferfristen
 Preise mäßig

Oeffentliche Sparkasse Ettenheim.
 Rechnungsabschluss auf 31. Dezember 1927.

Aktiva.		Passiva.	
Kassenbestand	7 822,95	Spareinlagen	1 079 561,62
Darlehen auf I. Hypothek	426 034,64	Giro- und Scheckeinlagen	39 689,72
Bettpapiere	35,-	Anlehenskapitalien	3 968,08
Gemeindedarlehen	100 001,85	Rückbezahlte Aufwertungs-	
Grundstückkaufgebe	110 279,68	hypotheken	144 169,-
Schuldenscheindarlehen an		Reservefonds	86 532,26
Private	284 005,55	Reingewinn für 1927	34 304,12
Lombarddarlehen	3 727,-		
Wechselbestand	3 184,35		
Darlehen in laufender			
Rechnung:			
a) Banken	52 398,14		
b) Privaten	358 573,74		
Sonstige Anlagen	7 564,27		
Amerikanleihe	3 968,08		
Einnahmerückstände	16 557,55		
Grundstücke	14 071,-		
Inventar	1,-		
	1 388 224,80		1 388 224,80

Gewinn- und Verlustrechnung für 1927

Soll:		Haben:	
Bezahlte Zinsen	62 425,30	Zinsen von Kapitalien	124 075,63
Betriebsaufwand	20 084,74	Gebühren und sonstige	
Sonstige Gebühren	6 788,11	Einnahmen	2 334,04
Kosten: a) Liegenschaften	18,40	Einnahmen von Liegen-	
Abreibung: a) Liegen-		schaften	10,-
schaften	2 800,-		
Reingewinn	34 304,12		
	126 420,67		126 420,67

Ettenheim, den 12. Juni 1928. 9.311
 Der Verwaltungsrat: Marfo. Der Geschäftsführer: Wachenheim.

Bezirksparkasse Staufen
 Oeffentliche Verbandsparkasse.
 Rechnungsabschluss per 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
Kassenbestand	3 213,62	Guthaben der Einleger:	
Wechsel	46 211,61	a) Spareinlagen	1 527 819,19
Darlehen	1 241 221,52	b) Giroeinlagen	163 358,42
Laufende Rechnung	870 737,99	Anlehenskapitalien	332 700,54
Einnahmerückstände	43 436,22	Aufwertungskonto	105 147,08
Betriebsgebäude	1,-	Ausgabenrückstände	2 421,29
Sonstige Gebäude	16 088,90	Rücklagen früherer Jahre	67 528,24
Einrichtungsgegenstände	4 911,25	Reingewinn im laufenden	
	2 225 822,11	Jahre	26 847,35
			2 225 822,11

Der Reservefond hat nach § 22 der Satzungen 8% der Einlagen = 135 294,20 RM zu betragen. Die Zuweisungen belaufen sich auf = 94 375,59 RM
 Somit fehlen zur Rücklage = 40 918,61 RM
 Staufen, den 21. März 1928. 9.305
 Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Reberle. Der Geschäftsführer: G a n g w i s c h.

Freihändiger Papierholzverkauf.
 Bad. Forstamt Oberweiler (Badenweiler), Donnerstag, 28. Juni: 553 Ster Papierholz; Losverzeichnisse durch das Forstamt. 9.310

Teerungsarbeiten.
 Das Wasser- u. Straßenbauamt Karlsruhe vergibt im öffentlichen Wettbewerb die im laufenden Jahr zu vollziehenden Teerungsarbeiten auf den Kreisstraßen und Kreiswegen in verschiedenen Losen. 9.308
 Die Bedingungen für die Ausführung dieser Arbeiten liegen in unserem Geschäftszimmer, Stefaniestraße Nr. 51 (Eingang Hirschstraße) auf, wo auch Angebotsvordrucke gegen eine Barvergütung von 0,50 RM erhältlich sind.
 Die Angebote sind mit der Aufschrift "Teerungsarbeiten" bis längstens Samstag, den 30. Juni d. J., vormittags 10 Uhr, anher einzureichen.
 Zuschlagsfrist 3 Wochen. Karlsruhe, 19. Juni 1928.

Verbreiterung des Kreiswegs Nr. 41 von Kreisstraße Nr. 1 (Blodhütte) bis Kieselbrunn (Bahnholweg) auf Gemartung Göttrichen und Kieselbrunn.
 Wir vergeben im öffentlichen Wettbewerb nach Maßgabe der Verordnung des Finanzministeriums v. 27. VII. 1922 und 22. VI. 1926 in 2 Losen: 9.306
 1. Ausstoßen von Waldflächen 8240 qm.
 2. Erdbewegung 2330 cbm.
 3. Planierungsarbeiten 7200 qm.
 4. Gesteinslieferung 680 cbm.
 5. Einsetzen des Gesteins 4650 qm.
 6. Schotterlieferung 400 cbm.
 7. Dohlenherstellung 800 cbm.
 Die Pläne und Bedingungen liegen in unserem Geschäftszimmer in Pforzheim, Schulbergstraße Nr. 2 zur Einsicht auf, wo auch Angebotsvordrucke zum Preise von 4 RM. für das Stück erhältlich sind.
 Angebote werden, solange Vorrat reicht, nur gegen Barzahlung oder gegen Voreinsetzung des Betrages abgegeben.
 Zum Eröffnungstermin am Donnerstag, den 28. Juni

Badisches Landestheater
 Samstag, 23. Juni 1928
 * G 30 Th.-Gem. 951-1200
Die Herzogin von Padua
 von Wilde
 In Szene gesetzt von Felix Baumbach
 Gesso Dahlen
 Beatrice Wietens
 Kollajolo Brüter
 Petrucci Gemmede
 Vitellozzo Kienischerf
 Bardi Kloeble
 Ferranti Leitgeb
 Cristofano Brand
 Moranzone von der Trend
 Cavalcanti Schulze
 Genfer Genz
 Lucia Genter
 Diener Wiedels
 Bürger Müller
 Schneider
 Gerichtsbienet Kuhn
 Graf
 Oskar
 Soldaten Schmidt-Kessler
 Reinath
 Anfang 20 Ende 22 1/2
 I. Rang u. I. Sperrfif 5 RM
 So. 24. Juni: Der Rosenkavalier. Im Konzerthaus:
 Finden Sie, daß Constance sich richtig verhält?
 No. 25. Juni: Die Fledermaus

Elegante in tadelloser Passform und Qualität
Frühjahrsanzüge von 45 RM. an
Alfred Hirschen nur am Ludwigsplatz